

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

214 (16.9.1931)

Eine wirkliche Winterhilfe

Kartoffeln für die Hungernden, statt Spirit brennen

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben einen Aufruf zur Winterhilfe erlassen. Gut und schön. Um sofort darin praktisch tätig zu sein, ist die Möglichkeit gegeben.

Die Sozialdemokratie hat den Vorschlag gemacht, die Arbeitslosen in diesem Winter mit Vorratsgütern wie Kohle und Kartoffeln zu versehen. Es kann sich hier nur um eine zusätzliche Versorgung handeln. Bewirkt werden kann dieser Gedanke, ohne daß dem Reich Mehrlöhne entstehen. Das gilt z. B. für die Kartoffelversorgung. Im Grunde genommen handelt es sich um die Frage, ob man aus der Kartoffel überflüssigen Spirit brennen soll oder ob man sie der notleidenden Bevölkerung geben will.

Infolge der verfehlten Branntweinpolitik, die auf den Rückgang des Branntweinmonopols keine Rücksicht genommen hat, sind jetzt die Bestände der Branntweinmonopolverwaltung auf 2 Millionen Hektoliter gesunken, wobei zu bedenken ist, daß der gesamte Jahresabsatz an Spiritus nur ungefähr 1,7 Millionen Hektoliter beträgt. Durch die ständige Zunahme der Bestände und den dauernden Rückgang des finanziellen Ertrags ist jetzt die Lage des Branntweinmonopols unhaltbar geworden. Welchen Plan zu einer Sanierung hat aber das Reichs-ernährungsministerium? Wiederum sollen 2 Millionen Hektoliter Branntwein von den grobagrarischen Kartoffelbrennereien produziert und vom Branntweinmonopol abgenommen werden. Um aber einen Mehrverbrauch zu erzwingen, soll der Beimischungs- zwang von Spiritus zu Benzin von 3/5 auf 10 Prozent erhöht werden.

Dieser Vorschlag ist völlig unhaltbar; denn hierdurch wird der Kraftverkehrs-wirtschaft eine nochmalige Belastung von mindestens 50 Millionen Mark aufgebürdet. Sie muß 1 Hektoliter Spiritus mit 70 M bezahlen, während 1 Hektoliter Benzin selbst nach der Zollerhöhung noch keine 30 M kostet. So geht es also nicht. Deshalb schlägt die Sozialdemokratie vor, dieses Jahr überhaupt keine Kartoffeln zu Spiritus brennen zu lassen, um die vorhandenen Bestände des Monopols allmählich abstoßen zu können. Hierdurch läme die Monopolverwaltung in die Lage, nicht nur ihre hohen Schulden bei der Reichsstaatskasse abdecken, sondern sie würde auch erhebliche Ueberschüsse abliefern können. Der Absatz an Spiritus zum ermäßigten Verkaufspreis, der sehr hohe Zuschüsse verlangt, könnte eingeschränkt werden, so daß nicht mehr, wie in vergangenen Jahren, die Monopolverwaltung auf Kosten der deutschen Steuerzahler rund 60-70 Millionen Mark zuzuleben braucht.

Jetzt entsteht die Frage, was geschieht mit den 2 Millionen Tonnen Kartoffeln, die nicht, wie im vorigen Jahr, auf Spiritus verarbeitet werden können? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer. 2 Millionen Tonnen Kartoffeln kosten bei einem Marktpreis von 1,20 M je Zentner 48 Millionen Mark. Wird nun das Brennrecht für ein Jahr ausgesetzt, so können diese 2 Millionen Tonnen Kartoffeln den Brennereibetrieben abgekauft werden, wodurch die landwirtschaftlichen Betriebe mit Brennrechten voll entschädigt werden. Zu diesem Verkauf brauchen keine neuen Reichsmittel in Anspruch genommen zu werden. 75 Millionen Mark sind im Reichsstat als Darlehen für die Branntweinmonopolverwaltung vorgezogen, die von ihr auch in diesem Betriebsjahr voll in Anspruch genommen und teilweise auch wieder zurückgezahlt worden sind. Diese Summe müßte das Reich, wenn wiederum Kartoffeln gebrannt werden, der Monopolverwaltung auch in diesem Jahr zur Verfügung stellen. Folgt man aber unserem Vorschlag, so werden diese Mittel frei und ein Teil kann für den Verkauf der Kartoffeln verwandt werden. Gebekkt wird das Darlehen durch die Einnahmen der Monopolverwaltung aus dem Verkauf an Trinkbranntwein, denen in diesem Jahr keine Ausgaben gegenüberstehen. Es kann der volle Ertrag der Branntweinsteuer an das Reich abgeführt werden, weil für die Monopolverwaltung keine Mindereinnahmen, wie in früheren Jahren, entstehen. Diese 2 Millionen Tonnen Kartoffeln müssen in ihrer Gesamtmenge oder teilweise dazu benutzt werden, um die notleidenden Bevölkerungsschichten, also insbesondere die Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten, mit dem notwendigen Nahrungsmittel zu versehen. Nimmt man an, daß 5 Millionen Familien als notleidend zu betreffen sind, so braucht man für eine derartige zusätzliche Naturalhilfe 1 1/2 Millionen Tonnen Kartoffeln, wenn jeder Familie im Winter 6 Zentner Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden. Zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger im kommenden Winter sind durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Auf dem hier erläuterten Wege ist es möglich, ohne Mehrlöhne für das Reich eine Versorgung der Bedürftigsten mit Kartoffeln durchzuführen. Auch die mit Brennrechten versehenen landwirtschaftlichen Betriebe brauchen hierdurch keinen Nachteil erleiden. Gleichzeitig erfolgt durch diese Aktion eine Sanierung des Branntweinmonopols.

Gewerkschaftsprotest gegen Ruhreisenindustrie-Stillegung

Essen, 15. Sept. (Eig. Drabt.) Die Stilllegungsanträge der Vereinigten Stahlwerke für den Hörder Verein in Dortmund, der Niederrheinischen Hütte und des Vulkan in Duisburg haben die Gewerkschaften veranlaßt, die Regierung auf die Lage in der Ruhreisenindustrie aufmerksam zu machen. Vom Juni 1929 bis 1. August 1931 haben sich die Belegschaften der Gruppe Nordwest von 220 000 auf 133 600 Arbeiter verringert. In den nächsten Wochen dürften weitere 8000 Personen arbeitslos werden. Angesichts dieser Lage wünschen die Gewerkschaften mit dem Reichskanzler und den in Frage kommenden Berliner Regierungsstellen schnellstens die Gesamtlage im Ruhrgebiet durchzusprechen. Eine entsprechende Konferenz wird für die nächste Woche erwartet.

Schlägerei zwischen Kozji und Nazi

Berlin, 16. Sept. (Funkdienst.) In Berlin-Schöneberg gerieten am Dienstagabend mehrere Nationalsozialisten mit einer Gruppe von 20 Kommunisten in einen Wortwechsel, der bald in eine wilde Schlägerei ausartete. Mit Schlagringen, Koppelschloßern und Knütteln hieben die Kozji aufeinander ein. Das Ueberfallkommando konnte drei Halentzuzler und zwei Kommunisten festnehmen. Drei Halentzuzler und ein Kommunist erlitten erhebliche Verletzungen. Etwa 20 junge Kozji, meist Nationalsozialisten, kürzten am Dienstag nachmittags in der Blücherstraße eine Watterfiliale und plünderten sie aus. Zwei der Rowdys konnten von einer Polizeistreife nach langer Verfolgung festgenommen werden.

Sprengstoffdiebstahl

Geseke, 15. Sept. Aus dem Pulverhaus der beiden Zementwerke „Fortuna“ und „Westfalen“ wurden von unbekanntem Die-

ben 70 Kilogramm Sprengstoff und mehr als 400 Sprengkapseln gestohlen.

Keine kommunistische und nationalsozialistische Bürgermeister in Mecklenburg

Schwerin, 15. Sept. (Eig. Drabt.) Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten verfügt, daß die bisherigen Bürgermeister von Woißenburg und Wittenberg bis zum 1. April 1932 weiter im Amte bleiben. Dadurch wird die Wahl des Kommunisten Dr. Alexander zum Bürgermeister von Woißenburg und die des Nationalsozialisten Peggmann zum Bürgermeister von Wittenberg vorläufig illusorisch gemacht.

Hamburg zahlt die Beamtengehälter in drei Raten

Hamburg, 15. Sept. Für den Monat Oktober werden die Gehälter der Beamten und Angestellten des Hamburgischen Staates, wie die Staatliche Pressestelle meldet, in drei Raten — am 30. September, am 10. und am 20. Oktober — ausbezahlt werden.

Ungewißheit über deutsche Ozeanflieger

Newport, 15. Sept. Die Besorgnis über das Schicksal der deutschen Ozeanflieger wächst von Stunde zu Stunde. Bis kurz vor 16 Uhr (W.E.Z.) ist immer noch keine Meldung über ihren Verbleib eingetroffen. Die Associated Press meldet aus Halifax, daß bei allen in Frage kommenden Landepisten Neufundlands und Neufundlands Nachforschungen nach dem Nord-Flugzeug angestellt worden sind, jedoch ohne jeglichen Erfolgs. Die Sichtverhältnisse sind auch weiterhin überaus unangünstig, da über der Küste von Neufundland eine sehr hohe und dichte Wolkendecke lagert.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in England

London, 15. Sept. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 8. September 2 800 631, was eine Zunahme von 38 412 gegenüber der Vorwoche und um 661 060 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet.

Churchill für Einberufung einer internationalen Goldkonferenz

London, 15. Sept. Churchill ist nun im Unterhause die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beratung der Goldfrage vor.

Soldat für das britische Heer in Indien

London, 15. Sept. Die englische Regierung gibt heute als erste der angekündigten Sparmaßnahmen eine Verabreichung der Besoldung der in Indien stehenden englischen Soldaten auf die Basis des Jahres 1925 bekannt.

Zur Niederschlagung des Heimwehrrputsches in Oesterreich



Fürst Starckenberg, der verhaftete Gesamtführer der Heimwehr.



Dr. Priemer, der entflohenen und jetzt in Jugoslawien verhaftete Führer der Heimwehr in Steiermark.



Ingenieur Mauter, Stabschef der Heimwehr, der ebenfalls verhaftet wurde.



Eine Abteilung von Heimwehrleuten auf dem Marsch.

Wolf
von
Österreich!

Der Heimwchutz greift im Sinne seiner Grundzüge die Macht in Oaale.

Dr. Walter Strimer

Proklamation der Aufständischen

Wird die österreichische Regierung endlich zupacken?

Wien, 15. Sept. (Eig. Drabt.) Am Dienstag vormittag um halb 9 Uhr traf Priemer, der Urheber des Heimwehrrputsches, in Begleitung von zwei Heimwehrleuten in Marburg (Jugoslawien) ein. Er wurde bald darauf von der Polizei festgenommen. Nach einer kurzen Vernehmung auf der Polizeiwache wurde Priemer nach Laibach transportiert, wo er sich zur Zeit im Bezirksgerichtsgefängnis befindet.

Unter der Beischuldigung, die Flucht Priemers begünstigt zu haben, wurde am Dienstag Graf Berthold Stürck, der Besitzer des Schlosses Halbenrain bei Murek, ebenfalls in Haft genommen. Er wurde dem Bezirksgefängnis zugeführt, befreit allerdings jede Schuld. Stürck gibt lebhaftig zu, daß ein Abgesandter Priemers bei ihm erschienen sei und ihn gefragt habe, ob er Priemer zur Flucht verbekken könne. Mit Priemer ist auch sein ältester Sohn geflüchtet.

Die Vernehmungen der in Haft befindlichen Heimwehrführer haben nach dem Neuen Wiener Tagblatt bisher folgendes ergeben: In Heimwehrrreisen war seit ungefähr zwei Wochen bekannt, daß Priemer etwa Mitte September „Loszulegen“ wollte. Es bestand ein strategisch-taktischer Plan, daß erst die Heimwehr Nordost-Steiermark vorgehen sollte, dann sollte Graz erriert und eingenommen werden. Von Graz hofften die Heimwehrführer sich der Eisenbahnlinie bemächtigen zu können. Gleichzeitig sollte die oberösterreichische Heimwehr loszulegen und auch von Oberösterreich nach Wien losgehen. Es sollte zugleich von beiden Ländern kon-

zentriert der Angriff auf Wien erfolgen. Man hoffte durch den Erfolg in Steiermark und Oberösterreich auch die übrigen Bundesländer mitreißen und in Wien Einzug halten zu können. Der Termin, Sonntag nacht, wurde erst in letzter Stunde bestimmt und nur den eingeweichten Führern bekannt gegeben. In der Nacht war ein eigener Kurierdienst eingerichtet worden. Ein Heimwehrkurier wurde am Sonntag am Mitternacht in einem Auto von Maribor nach Wien geschickt, wo er um drei Uhr morgens eintraf. Hier hat er die Heimwehrführer erwartet. Die Wiener Heimwehr wollte zunächst das Ergebnis des Putsches in Steiermark und Oberösterreich abwarten. Immerhin wurden zunächst etwa 200 Heimwehrleute nach Klosterneuburg entsandt. Sie lagerten dort den ganzen Sonntag über bis sie verhaftet wurden. Aus Oberösterreich sollte die Heimwehrrorganisation auf requirierten Autos nach Wien gebracht werden. Man hoffte, sich noch im Laufe des Sonntag Wiens zu bemächtigen. Unter den bei Klosterneuburg verhafteten Heimwehrleuten befindet sich auch ein Kette des Heeresministers Baumgärtner.

Das christlich-sozialen Weltblatt behauptet, die offiziellen Stellen Steiermarks hätten von den Putschplänen und deren Durchführung unbedingt Kenntnis gehabt haben müssen. Die Wiener Allgemeine Zeitung berichtet, daß im Zusammenhang mit dem Putsch auch gegen den Obmann des Nationalrates, den Nationalrat Neufährer Silberner, besaßendes Material zu Tage gefördert worden sei. Die Regierung habe deshalb beim Nationalrat die Aufhebung der Immunität Neufährers beantragt.

Politische Bühne

von Karl Lohse, 16. Sept.

Der Deutsche Juristentag in Lübeck hat sich diesmal vornehmlich mit sachlichen Fragen auseinandergesetzt, so daß seine Tagung in der Öffentlichkeit nicht weiter in Erscheinung getreten wäre, wenn nicht sein Vorsitzender, Geheimrat Wildbagen, durch seine Eröffnungsansprache zu Erörterungen Anlaß gegeben hätte. Wie wir im Volksfreund bereits mittelteilten, benutzte Herr Wildbagen, seines Zeichens Vertreter der Anwaltschaft beim Reichsgericht, die Eröffnungsansprache dazu, einen scharfen Ritt gegen Westland zu unternehmen und in Wendungen vom Uebermut Frankreichs und von den Hoffnungen auf Revanche nach Beilegung der deutschen Ohnmacht, dem Juristentag einen Anstoß zu geben, der mehr einer nationalstiftlichen Behauptung als einer wissenschaftlichen Korporation glich. Auf Veranlassung des Juristentages, der bei der Neuwahl des Vorstandes dafür zu sorgen sich bemühte, daß in Zukunft solche Entgleisungen vermieden werden, mußte Herr Dr. Wildbagen dann die Erklärung abgeben, daß seine Rede nicht etwa als eine Kundgebung des deutschen Juristentages, sondern nur als eine persönliche Meinungsäußerung gemeint werden dürfe, und daß, wenn in seiner im Wortlaut vorher nicht festgelegten Rede in der Spannung des Augenblicks einzelne Ausdrücke scharfer gewählt worden seien, als beabsichtigt war und wenn Wendungen gefallen seien, die als Angriffe auf fremde Mächte oder als Angriffe auf den Haager Staatsgerichtshof gedeutet werden könnten, so läge es nicht in seinem Sinne, und er bedauere es. Herr Wildbagen hat also damit seine böse Entgleisung auf dem deutschen Juristentag auf einen sogenannten „falligen Zusammenstoß“ zurückgeführt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht darauf eingehen, welche verheerenden Wirkungen durch diesen „falligen Zusammenstoß“ des Herrn Wildbagen, der bei prononzierter Gelassenheit aus seinem Herzen keine Mordgrube gemacht hatte, hätte entlocken können. Wir wollen nur einmal darauf abheben, was sonst einem Mann passiert, der in Wort oder Schrift durch einen „falligen Zusammenstoß“ oder durch eine Schreibschreiberei ähnlich entgleist, wie Herr Wildbagen. Wenn dabei gleichzeitig Herr Wildbagen gegenüber dem Haager Schiedsgericht in einem Sinne gesprochen hat, wie sonst, allerdings mit viel mehr berechtigter Ursache, von Klassenurteilen gesprochen wird, so dürfte vielleicht dieser Vorgang auf dem deutschen Juristentag manchem Richter als Anlaß dienen, etwas vorsichtiger in den Urteilen zu sein, als es bis dato der Fall war. Die Tatsache des „falligen Zusammenstoßes“ des Vorsitzenden des deutschen Juristentages in einer außenpolitisch eminent wichtigen Frage dürfte jedoch über die juristische Seite hinaus weite Kreise des deutschen Volkes informieren, wie wenig selbst überaus hochgestellte Herren zwar nicht ihre Junge, wohl aber ihre „Meisheit“ in Urlaub schicken, wenn es sich um die Einstellung zu einer Frage handelt, die über das berufsmäßige Schema hinausgeht.

Wie sehr das deutsche Volk auch heute noch in vielen Dingen irregeführt wird, läßt sich markant an den Pressestimmen nachweisen, welche über die Rede von Curtius in Genf im deutschen Blätterwald verbreitet werden. Curtius hat bekanntlich in Genf nach einer eingehenden Darstellung der furchtbaren Not des deutschen Volkes, die awangsläufig eine Zusammenarbeit der Völker auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet erfordert, die deutsche Stellung zur Abrüstungsfrage präzisiert und dabei eine Fortsetzung der heutigen Rüstungsunterstützung als ein Scheitern der kommenden Konferenz bezeichnet. Der sonst so sehr angefeindete Herr Curtius hat in Deutschland viel Lob für seine Rede geerntet. Die Frankfurter Zeitung sprach von einem „Guten Tag“ des Herrn Curtius, wenn sie auch im Schlüssel ihrer Homagen für Herrn Curtius nicht darüber hinweggehen konnte, nach dem Kräfteverhältnis zu fragen mit der Feststellung: „Frankreichs politische Macht scheint gegenwärtig geradezu unangreifbar dazustehen; Deutschland aber befindet sich in schlimmster Not, in einer Not, die bereits jetzt Abhängigkeiten schafft und die noch größere Abhängigkeiten schaffen könnte.“ Die Badische Presse, die keine Gelegenheit vorbegehen läßt, nationalstiftlichen Tam-Tam zu schlagen, preist Herrn Curtius als „guten Adorant und freut sich, daß endlich „Ein deutsches Wort in Genf“ gesprochen worden ist, indem sie ihre Würdigung mit den Worten schließt: „Wenn Deutschland sich in der Abrüstungsfrage vor Frankreich beugen müßte, dann müßte im Jahre 1933, falls er noch in der Wilhelmstraße amtiert, Dr. Curtius den deutschen Austritt aus dem Völkerbund anmelden.“ Angesichts der Bedeutung, welche gerade heute in den schweren Zeiten der deutschen Finanznot das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich ausmacht, verlohnt es sich, an Hand von Mittelnungen des Berliner Tageblatts schon, einmal zu rekapitulieren, wie die französische Presse, die in Deutschland so sehr gerühmte Rede des Herrn Curtius aufgenommen hat:

Der Chefredakteur des Petit Parisien nannte die Rede „erschütternd“ und „schleht“, noch mehr wegen des Tons, als wegen des Inhalts und der Argumentation.“ Wäre Herr Curtius im Petit Journal schrieb: „Dr. Curtius bietet uns die Hand, indem er gleichzeitig drohend auf den Boden stampft. Kurioser Methode, Sowas zu verlangen.“ Sauerwein äußerte ein Wort, Curtius habe gesprochen wie der Minister eines Landes, das keine Politik den anderen diktieren könne. Der Temps nannte die Rede einen schweren politischen Fehler, das Journal des Debats einen Beweis für die „waghalche Methode der deutschen Politik“. Andere Blätter sagten knapp und klar: „Unsere Minister haben jetzt in Berlin nichts mehr zu suchen.“

Das „deutsche Wort in Genf“ hat sonach in Paris anders gewirkt, als es dem deutschen Volkstum vorausgesetzt wird. Dies wird allerdings jene Kreise nicht weiter kümmern, welche Tag für Tag die Drohung des Austritts aus dem Völkerbund im Munde führen. Ob allerdings diese Gleichgültigkeit auch in jenen Kreisen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Mittelstandes, welche angestrebt auf Rückzahlungsforderungen deutscher Kredite schauen, zu Hause ist, möchten wir angesichts des obigen Hinweises der Frankfurter Zeitung auf die „Abhängigkeiten“, in der sich die wirtschaftliche Welt befindet, sehr bezweifeln, wenn auch diese Kreise leider immer noch nicht soweit sind, zu durchschauen, wie in einer gewissen Presse durch sinnlose Drohungen an das Ausland leichtfertiges Spiel mit deutschen Interessen getrieben wird.

Am Eifer der heute sich überlagenden tagesspolitischen Ereignisse darf nicht übersehen werden, auf den Tod eines Mannes hinzuweisen, der mehr als irgend ein anderer dazu berufen sein könnte, durch die Betrachtung seines Wertes das deutsche Bürgertum der Gegenwart von dem Irrwege abzubringen, auf dem es sich befindet. Der im Alter von 87 Jahren dieser Tage verstorben große Nationalökonom Lujio Brentano, ein Kefte der mit der Goethe-Tradition verwachsenen Zeitina von Arnim und des Dichters Clemens Brentano, war kein Sozialdemokrat und in vieler Hinsicht ein scharfer Gegner deren wissenschaftlichen Theorien. Nichts desto weniger wird die Arbeitererschaft das Andenken dieser außerordentlichen Persönlichkeit dauernd in ehrender Erinnerung halten, weil sie den Liberalismus, dem sie weltanschaulich zugetan war, mit der

Erkenntnis der Bedeutung der Arbeiterbewegung und der Notwendigkeit des Aufstiegs der Arbeitererschaft verband. Heute, wo von bürgerlicher Seite so gern auf Gewerkschaftsbewegung, Koalitionsrecht, Tarifverträge, Arbeitslohn und Arbeitszeit geschimpft wird, gedenken wir ehrend Lujio Brentanos, der nach vorhergehendem Studium der englischen Arbeiterbewegung in seiner ganzen wissenschaftlichen und Dozentenlaufbahn die Ideenwelt der Gewerkschaftsbewegung neben anderen Forschungen mit dem Mittelpunkt seiner Forschungen machte und damit, wenn er auch nicht Systeme und Theorien geschaffen hatte, dem Aufstiege der Arbeitererschaft ein wertvoller Mitarbeiter war. Die Nationalökonomie der Gegenwart, welche bis auf wenige Aus-

nahmen heute sich vielfach zum freiwilligen Söldner der Großindustrie macht, könnte und sollte aus dem Vorbild Lujio Brentanos die notwendigen Lehren ziehen und dem Bürgertum der Gegenwart, welches aus Haß gegen die Arbeiterbewegung bald einem aufgeblasenen Schwärmer als zweiten Bismarck nachläuft (um dabei gelegentlich einen kalten Fuß zu bekommen, wie jetzt wieder bei dem zusammengebrochenen Oerettenpuff der österreichischen Heimwehren, wofolst sich zeigte, wie schnell der Drahtzieher Kriemler über die Landesgrenze verschwand) könnte der Tod dieses freimütigen Gelehrten aus altem Frankfurter Patriziergeschlecht eine Mahnung zur Umkehr von einem Fehlweg sein — sofern es überhaupt noch einen Weg sieht.

Freistaat Baden

Die nächste Landtagsitzung

Am Donnerstag, 17. September, nachmittags 3.30 Uhr, tritt der Landtag wieder zusammen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Bekanntgabe der Eingänge. 2. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über das Gutachten der Sparkommission in Verbindung mit der Darstellung der Stellungnahme des Staatsministeriums, sonstigen Regierungsmitteln und den einschlägigen Anträgen und Gesuchen. 1. Ministerium des Kultus und Unterrichts, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr. 2. Justizministerium, Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard.

Spargulachten über das Justizministerium vor dem Haushaltsausschuß

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtags schreibt man uns: Bei der Eröffnung der Sitzung am 15. d. M. machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums Unterrichtsminister Dr. Schmitt mit der vorübergehenden Stellvertretung des Justizministers betraut wurde. Sodann wurde in der Beratung des Spargulachtens eingetreten. Den Bericht hierüber erstattete Abg. Dr. Wolfhard (Dem.). Der Berichterstatter setzte sich für die Beibehaltung der Justizverwaltung ein, soweit eine eigenständige Verwaltung möglich ist. Von jeder bei der badischen Justiz parlamentarisch gewirksamkeit worden. Baden hätte gegenüber Württemberg 143 Richterstellen weniger, ferner wolle es gegenüber 1913 nur 11 Richterstellen mehr auf. Er wendet sich gegen die Uebertragung von Amtsanwaltschaften und Notarstellen an Beamte des gehobenen mittleren Dienstes. Nachdem die Stelle des Justizministers durch den Tod des Staatspräsidenten Willebrandt frei geworden ist, entspann sich eine Ausrede, ob dieses Ministerium selbständig weitergeführt werden soll. Der stellvertretende Justizminister sprach sich aus politischen und sachlichen Gründen für dessen Beibehaltung aus. Nötiger als je sei heute das Einbringen des Ministers in die Einzelheiten seines Ressors. Da mit dem Justizministerium auch die Leitung des Staatsministeriums verbunden sei, könne ein weiteres drittes Ministerium aus politischen Gründen von einem Minister auf die Dauer nicht mitverwaltet werden. Auch das Staatsministerium sei nun infolge der wirtschaftlichen Notlage des Landes fürter in Anspruch genommen, ferner werde der Staatspräsident infolge des Umstandes, daß der Polke des badischen Geländes in Berlin in absehbarer Zeit nicht befehrt werde, zur Vertretung der badischen Belange mehr in Berlin tätig sein müssen.

Die Frage der Urlaubsregelung werde für alle Beamten einseitig vorgeschrieben, es werde auch mit der Reichsregierung entsprechende Fühlung genommen werden. Ferner werden die Eisenstellen künftig nicht mehr mit einem Fünftel, sondern nur noch mit einem Neuntel, und zwar für alle Beamtengruppen, auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums geführt, wie auch die Zahl der Stellen der Gehaltsgruppe A 2 d in den Ministerien um 50 Prozent herabgesetzt würden. Der Vertreter des Zentrum sprach sich für die Beibehaltung des Justizministeriums als selbständiges Ministerium aus und unterstrich die Darlegungen des stellvertretenden Justizministers in dieser Richtung. Von Seiten der Sozialdemokratie wurde eine einseitige Regelung aller Beamtenfragen als erwünscht angesehen, insbesondere auf dem Gebiete der Urlaubsfrage. Die Sozialdemokratie sehe grundsätzlich auf dem Boden der Verwirklichung der Justiz; dies könne aber nicht von Baden aus allein erfolgen. Solange eine Landeshoheit über das Reichswesen bestehe, müsse auch ein selbständiges Ministerium vorhanden sein. In gleichem Sinne setzte sich der Vertreter der liberalen Partei für diese Sache ein.

Es wurden dann die Anträge der Sparkommission auf Einbürgerung eines Oberregierungsrats, eines Obermedizinalrats und eines Regierungsrats, sowie auf Herabsetzung der Zahl der mittleren Beamten von 25 auf 22, einer niedrigeren Einbürgerung der verbleibenden mittleren Beamten, sowie Einschränkung der Urlaubsbauer, angenommen. Außerdem sollen 100 Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften des gehobenen mittleren Dienstes in solche des einfachen mittleren Dienstes, sowie Kanzleibeamte durch Kantsleianstellungen in erheblichem Umfang ersetzt werden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter bewies, daß die Zahl 100, wenn hauptsächlich auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit bisher vom Richter ausgeübte Geschäfte auf die Urkundsbeamten übertragen würden, wie dies nach dem Reichsgesetz in höherem Maße möglich sei, als dies die Länderregierungen ausgeben. Auch sollen die Gemeindebrandbuchämter, selbst wenn sie formal verstaatlicht würden, in ihren bisherigen Räumen verbleiben. Bei den Strafanstalten wurde eine Verminderung des Aufsichtspersonals vorgeschlagen. Ein sozialdemokratischer Vertreter wies auf den schweren Dienst dieser Beamten hin, sowie auch darauf, daß die gute Vor- und Ausbildung des badischen Aufsichtspersonals im Arbeitsbetrieb eine Webrinnahme von fast einer halben Million Mark mit sich gebracht hat. 92 Prozent der Gelanagten werden heute in den badischen Anstalten im Arbeitsbetrieb beschäftigt. Die beschäftigten Einbürgerungen sind nach Mitteilung des Ministers bereits durchgeführt. Ein Antrag des Spargulachtens, Uebertragung des Vollzugs der Fürsorgeerziehung auf das Ministerium des Innern wurde abgelehnt, da diese Aufgabe beim Justizministerium verbleiben soll.

Ueber einen weiteren Antrag der Sparkommission, die Zahl des Wert- und Aufsichtspersonals einzuschränken, soll erst bei der Entscheidung bei sämtlichen Ministerien über die Regelung der Dienststellen entschieden werden. Die Aufhebung der Landgerichte Weiberg, Waldshut und Rosbach wurde abgelehnt. Die Aufhebung oder Zusammenlegung von einer Anzahl von Amtsgerichten soll überprüft werden. Dabei soll auch die Frage der Ernennung von Amtsrichtern zu Richtern bei mehreren Amtsgerichten mit erhöht werden. In gleicher Weise sollen einzelne Außennotariate unter Vorbehalt einer nochmaligen Prüfung durch das Staatsministerium aufgehoben werden. Die Gehaltsanteile der Notare werden er-

mäßigt, die Uebertragung der Grundbuchführung in Gemeinden unter 500 Einwohnern an andere Grundbuchämter wurde gutgeheißen, ebenso die Verstaatlichung von acht Gemeindegemeindegeldämtern, dabei bleiben diese Grundbuchämter in den bisherigen Diensträumen. Die Uebertragung der Grundbuchführung auf die Amtsgerichte, wie sie von der Sparkommission beantragt ist, wurde zur Zeit als nicht durchführbar angesehen.

Im Zusammenhang mit diesen Anträgen der Sparkommission wurden vom Minister die Grundzüge dargelegt, welche für die Aufhebung oder Befassung von Behörden maßgebend waren. Dabei hatten auch staatspolitische und kulturelle Fragen eine ausschlaggebende Rolle gespielt. In diesem Zusammenhang führte ein sozialdemokratischer Redner aus, daß Behörden dort aufgehoben werden sollen, wo eine Beschäftigung für sie nicht mehr vorhanden ist. In solchen Fällen könne die Befassung eines Amtsgerichts z. B. gerade eine so grobe Belastung für die Regierung sein, wie an anderer Stelle die Befassung einer solchen Behörde. Damit war die Beratung über das Justizministerium zu Ende geführt.

Die Hitler in Kommunistenkostüm

Selbst Pazifistenorgane werden zur Volkstäußung nachgeißt

Die kommunistische und die nationalsozialistische Presse haben dieser Tage auf etwas merkwürdige Art ihre Verbundenheit gezeigt. Gegenüber der Hege des großkapitalistischen Lagers auf die Arbeiteröhne hat die Sozialdemokratie immer und immer wieder auf die Riesengehälter in der Privatindustrie hingewiesen, und wir haben im Volksfreund nicht nur erst in letzter Zeit, sondern schon vor langer Zeit gefordert, daß, bevor den Vermisten der Armen gekürzt wird und bevor man der Arbeitererschaft, den kleinen Angestellten und den unteren Beamten immer wieder kürzt, man endlich daran gehen möge, jene Kreise anzupacken, die mit Jahresgehältern von hunderten Tausenden von Mark in der Tasche anderen das Sparen predigen. Diese sozialdemokratische Parole ist nunmehr auch von anderer Seite aufgegriffen worden, und zwar hat der linksradikale pazifistische Dortmundener Generalanzeiger vom 31. August eine Aufstellung über diese Riesengehälter in ähnlicher Art gebracht, wie auch wir schon des öfteren veröffentlicht haben. Diese Aufstellung des Dortmundener Generalanzeiger hat nun die kommunistische Arbeiterzeitung übernommen und druckt sie letzten Samstag ab. Gleich danach sinkt dann der nationalsozialistische Führer nach und druckt die Aufstellung ebenfalls ab, ohne allerdings anzugeben, daß seine Veröffentlichung eine Wiedergabe aus einem linksradikalen Blatt mit schärfsten pazifistischen Tendenzen, wie es der Dortmundener Generalanzeiger darstellt, ist. Im übrigen wird die Sozialdemokratie bei passender Gelegenheit den Nationalsozialisten sowohl in der Frage der Riesengehälter der Generaldirektoren wie in der Pensionsfrage Gelegenheit geben, Farbe zu bekennen.

Was jedoch die in diesem Vorgang in Erscheinung getretene Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten betrifft, so zeigt sich darin, daß die Nationalsozialisten ihre neueste Spekulation ausbauen, in Kommunistenmaske Mitläufer aus der Arbeitererschaft für ihre Zwecke zu gewinnen. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsführer, die Aufhebung der großen Wirtschaftsverbrechen hat die Landknechte der Lahulen und Compagnie in die schwerste Verlegenheit verlegt. Von dem Schlage, den sie damit erhalten haben, suchen sie sich wieder zu erholen durch die Wiederbelebung der Scheinsozialistischen Phrasen oder wie Herr Goebbels sich ausdrückt: es soll wieder das sozialistische Pferd aus dem Stalle gezogen werden. Es versteht sich von selbst, daß diese plumpe und verlogene Demagogie von der Sozialdemokratie mit wenigen festen Stößen abgetan werden wird. Die Partei des Herrn Hitler ist von bankrotten Wirtschaftsführern und Wirtschaftsverbrechern vom Top Lahulen finanziert worden. Herr Hitler selbst hat in den Vorzimmern der schlimmsten Feinde der Arbeitererschaft, der Industriehärdge von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie um Subventionen für seinen Kampf gegen den Marxismus angestanden. Die Partei des Herrn Hitler ist die Hiltstruppe der bankrotten kapitalistischen Wirtschaftsführer, die durch ihr Geschrei die riesengroße geschichtliche Schuld ihrer Auftraggeber verdecken wollen. Und nun spielt die nationalsozialistische Presse in Kommunistenmaske den Wau-Wau gegen die Industriehärdge. Der nationalsozialistische Führer als Abbeleger des pazifistischen Dortmundener Generalanzeigers? Da muß ja ein Gaul laufen. Welche Geister sich die Nazipresse wohl noch vorknüpft, um die Arbeitererschaft zu täuschen?

Daß aber mit so plump verlogener Demagogie eine Spekulation auf die geistige Verwirrung in jenen Arbeiterschichten angestellt werden kann, die den Kommunisten nahesteht, das ist die Folge der Verbrechen, die die Kommunistische Partei an der Arbeitererschaft und der Sache des Sozialismus begangen hat! Die Arbeitererschaft kann jedoch aus diesem Täuschungsmanöver lernen.

Berufung ins Unterrichtsministerium

Dr. Donatschingen, 13. Sept. Der Direktor des hiesigen Gymnasiums, Wobler, ist als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Ministerialrat Dr. O. Kunzer ins Unterrichtsministerium berufen worden, er hat seinen Dienst bereits angetreten.

Ein fährender badischer Schulmann der alten Generation, Dr. Runo Kech, Gymnasialdirektor a. D., ist nach langem schwerem Leiden im 76. Lebensjahre in Freiburg i. B. gestorben.

Die „Revolutions“-Parteien im Landtag

Man schreibt uns aus Karlsruhe:

In der dreitägigen politischen Aussprache am 7., 8. und 9. September kamen die Revolutionäre von rechts und links ausgiebig zum Wort. Es ist ganz interessant, zu konstatieren, wie die Kommunisten sowohl wie die Nazis und die Deutschen Nationalen in der Tendenz einig waren, dem gegenwärtigen Staate an die Gurgel zu springen! Der kommunistische Sprecher Lehleiter tat dies in der bekannten plumpen Weise, daß er die „revolutionäre“ Arbeiterklasse zum äußersten Kampf aufrief und den Sturz des jetzigen Systems voraussetzte.

Auf der anderen Seite pries der Nazi-Führer Köhler die Diktatur und schmähte die Demokratie. „Von Demokratie wollen wir nichts wissen.“ Der Heidelberger Dr. Schmitt-Henner ritt, wie gewöhnlich, in schärfstem Tempo das Oppositionspferd der Rechten, so daß die Landtagsmitglieder unter sich sagten: „Schmitt-Henners politischer Fanatismus wird immer größer!“

Und dann kam der elegante Schauspiel-Typ aus Freiburg, der Dr. Brähler, den am Schluß der Aussprache der Zentrumsführer Dr. Köhr gehörig abgeprügelt hat, mit der Verkündigung seines Revolutions-Programms: „Es muß anders werden! Der nationale Funke springt über!“ Also, die verschleierte Aufforderung zur Revolution von rechts!

Die äußerste Rechte und die äußerste Linke erhoffen ihr Heil von der Revolution und vom Umsturz! Aber keiner der Redner wagte im Landtag an die Frage heranzutreten: Was dann? Kann die deutsche, die Weltwirtschaftskrise durch eine Revolution beseitigt werden?

Dem Nazi-Jüngling Köhler riefen die Regierungsparteien am Schluß seiner Phrasologie zu: „Und Ihre Vorschläge? Was wollen Sie tun, um die Krise zu beseitigen?“ Da bemerkte man das höhnische Lächeln, ein Herumfucheln mit den langen Armen in der Luft und zu Ende wars mit den nationalsozialistischen Verbesserungsvorschlägen.

Die Nazis sind im Landtag in ihren Reden und durch Zwischenrufe immer nur die frechen und hemmungslosen Ankläger, die mit Gemeinplätzen und Bierbankfäufelerei aufwarten, aber durchführbare Vorschläge — durchführbar, jawohl! — bekommt man von ihnen nie zu hören. Und diese politischen Säuglinge wollen uns bessere Zeiten bringen, wollen uns in das „dritte Reich“ des Glanzes und der Wohlhabenheit hinführen!

Im Landtag haben sie in der verflochtenen politischen Aussprache wieder eine Probe gegeben von dem, was sie nicht leisten können.

Tagung des Rheinschiffverkehrsverbandes in Bregenz

Gegen 400 Teilnehmer aus den Bodenseestaaten und darüber hinaus hatten sich zur 16. Hauptversammlung des Rheinschiffverkehrsverbandes Konstanz e. V. in der Hauptstadt des Bodensees, Bregenz, eingefunden.

Der Geschäftsbericht wurde vom geschäftsführenden Vorstandsmittglied Hanswerkstättenrat Braun (Konstanz) erstattet. Anschließend berichtete Oberregierungsrat Altmaier (Karlsruhe) über den neuesten Stand des Oberrhein-Anschlusses. Die Infraktion des Kraftwerkes Rorschach-Schwarzwald sei besonders wichtig gewesen, nicht nur wegen der erreichten Fortschritte im Kraftwerksbau, sondern auch wegen der Erfahrungen, besonders in Bezug auf die Billigkeit.

Die Jahresrechnung des Verbandes wurde einstimmig genehmigt, ebenso der Voranschlag für 1931. Als nächster Tagungsort wurde Konstanz gewählt. Mit der Tagung wird 1932 das 25jährige Jubiläum verbunden werden, aus welchem Anlaß eine Festschrift herausgegeben werden soll.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Alt-Bundeskanzlers und Landeshaupmanns Dr. Ender (Bregenz) über das Thema: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Großschiffahrtsstraße Basel-Bodensee für Osterrreich und besonders Vorarlberg“. Der Redner schätzte die Kosten des Zufahrtsweges Basel-Bregenz auf höchstens 100 Millionen Mark. An Hand von Zahlenmaterial besprach der Redner dann den gewaltigen Aufschwung des Bodensees und schilderte die Vorteile, die sich für den Verkehrsberreich des Bodensees aus der Schiffbarmachung des Oberrheins ergaben.

Volkswirtschaft

Die neue Wirtschaftskrise

Das Heft II der „Wirtschaftskrise mit Inbergängen der Frankfurter Zeitung“ (Societäts-Verlag, Frankfurt a. M., Preis für das Einzelheft 3.— M., Abonnementpreis pro Jahr 28.00 M.) schildert in seiner Konjunkturübersicht die politischen und wirtschaftlichen Ursachen, die zum Ausbruch der verhängnisvollen Weltwirtschaftskrise geführt haben. Noch fehlt die Bilanz zur Beurteilung der weitreichenden Folgen. Immerhin zeigen doch die fortgeführten Uebersichten die Verfassung der Märkte zum Ende Juni: die unzureichende Befüllung des Arbeitsmarktes, die stetige Abwärtsbewegung der Preise, die Geldknappheit des In- und Auslands, die Hemmungen des in- und ausländischen Warenverkehrs und last not least die eigenen Aste der wichtigsten Welthandelsländer von deren Lage auch die deutschen Exportmöglichkeiten mitbestimmt sind. Eine Reihe von Sonderuntersuchungen befaßt sich mit aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrisen.

In Fortführung seiner Sonderuntersuchungen über die Inflationen zeigt die Statistik nach ein wesentlich anderes Bild, beispielsweise sind in Berlin 56 Prozent aller Ehen kinderlos.

Wie sich in letzter Zeit das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen entwickelt hat, wird, s. Z. auf Grund neuer Erhebungen, von Maria Hirsfeld und Ernst Rahn untersucht. Umfangreiches statistisches Material gibt dem Leser die Möglichkeit zur Urteilsbildung über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der letzten Zeit.

Wie der Verein Deutscher Maschinenbau-Angehöriger misst, sind während des Monats August im In- und Auslandsgeschäft Anfrage- und Auftragbegehren weiter zusammengeschwunden. Die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung und die hohen Zinsen verzögerten die Errichtung geplanter Anlagen außerordentlich.

Einstellung der Devisenüberweisungen der Ungarischen Nationalbank

Budapest, 15. Sept. Auf Anweisung der Ungarischen Nationalbank werden den nach dem Auslande Reisenden ausländische Zahlungsmittel im Werte von 150 Pengo statt wie bisher 300 Pengo ausgestellt. Die Devisenüberweisungen, die bisher bis zum Gegenwert von 300 Pengo gestattet waren, wurden gänzlich eingestellt.

Blumenstein auf Nordwolle-Spuren

Ein neuer Konzernskandal

Die Pleite des Blumensteinkonzerns dürfte den Banken, in der Hauptsache der Deutschen Bank — Diskontogesellschaft und der Commerz- und Privatbank, die runde Summe von 50 Millionen Mark kosten. Auch die englischen Geldgeber werden von ihrer 20-Millionen-Markleihe nicht viel wiedersehen.

Jetzt erfährt man auch, daß die beiden Inhaber des Blumensteinkonzerns noch in einer Zeit, als die Kriegerverluste schon feststanden, die Reichsministerien mit Kreditgesuchen getadelt besorgten. Ein guter Geist hat die Reichsregierung bewogen, hier mal den Dammen auf dem Beutel zu halten. So sind 35 Millionen nicht in das Fach ohne Boden der Industrielenten gerührt.

Die Blumensteins haben nicht besser und nicht schlechter gewirtschaftet wie die Rabuins. Die Summen sind nicht so groß wie im Falle der Nordwolle, die Unverantwortlichkeit und Gewissenlosigkeit, wie man mit fremdem Geld und mit den Interessen der Gesamtwirtschaft im Blumensteinkonzern umgegangen ist, zeigen aber daselbe erschütternde Ausmaß wie bei den Rabuins.

Der Blumensteinkonzern hatte nicht mehr als 4 Spinnengesellschaften. Der Kontrolle des Aufsichtsrates war eigentlich nur eine Goldringgesellschaft ausgedient, die bekannte Bank für Textilindustrie U. G. in Berlin. Daneben gab es aber noch eine Textilverwaltungs-G. in Berlin. Das war schon eine große Dunkelkammer. Was hier vorging, wurde den Aufsichtsratsmitgliedern geheim gehalten. Die großen Geschäfte der Bank für Textilindustrie gingen aber in die Dunkelkammer. Daneben gab es den bekannten ausländischen Berichtsbeobachter, die Mindubank in Amsterdam (Allgemeine Industrie- und Bankvereinigung). Hier machten sich die

beiden Inhaber des Blumensteinkonzerns gesund. Ihre besonderen Interessen wurden dann nochmal in einer Goldringgesellschaft, der Joier und Alfred Blumenstein G.m.b.H. in Berlin zusammengeschloß. Hier haben wir ein Musterbeispiel von Verschleierung, unter deren Schutz alles mögliche verjohet wurde. Die Konzernwerke wurden mit Verschleierungen aus Krediten belastet, die Spitzengruppen in Anspruch nahm. Damit nicht genug, wurde die Belastung bei den Tochtergesellschaften noch nicht einmal verbündet.

Als im Jahre 1929 eine Revision des Konzerns vorgenommen wurde, ließ man auf Spuren übler Machenschaften. Damals wurde der Aufsichtsrat, in dem Vertreter der großen deutschen Banken saßen, auf die üblen Dinge aufmerksam gemacht. Der Aufsichtsrat nahm das zur Kenntnis, hielt den Mund und — blieb. Schon damals hätte die Affäre Blumenstein aufgerollt werden müssen. Man tat es aber nicht. Man hoffte, weiter wursteln zu können. Nicht zuletzt, um den Gegnern eines solchen Wirtschaftssystems nicht Material in die Hand zu geben.

Unter Eindruck der letzten Ereignisse haben die Bankvertreter im Aufsichtsrat ihre Mandate niedergelegt. Die gefälltesten Aufsichtsräte erklären damit vor aller Welt, daß man die Schweigereien, die im Blumensteinkonzern vorgekommen sind, nicht mehr verantworten kann. Damit kann sich die Öffentlichkeit aber nicht zufrieden geben. Die Öffentlichkeit sieht die Rückwirkungen auf die Wirtschaft, sieht, wie die Fabriken geschlossen werden, wie Hunderte und Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen entlassen werden müssen und wie ganze Wirtschaftsbezirke dadurch weiter brachgelegt werden. Die Öffentlichkeit fragt sich, ob sich die Reichsregierung mit der Lappalie abfinden will, daß das gegenwärtige System der Kontrolle immer wieder katastrophal versagt. Sie verlangt energisch, daß die Reichsregierung endlich und schleunigst der Forderung nach einer genügenden Kontrolle Rechnung trägt.

Was ist Faschismus?

Der Faschismus ist die Erhebung gegen das Germanentum, gegen das Deutsche und den Geist der sogenannten Freiheit. Faschismus ist daher der Kampf gegen alles Deutsche!

So kennzeichnete der italienische Justizminister Rocco den Faschismus.

„DEUTSCHE ZUKUNFT“ HEIDELBERG 20. 3. 1931.

Immer noch Volkswirtschaft, fort und können auf mit dem „Immer noch“ Faschismus — im Fortschrittswelt! Fort mit immer immerwährender Pops!

Aus aller Welt

Brand in der Budapester Oper

Budapest, 15. Sept. In der König. Oper brach heute gegen Mitternacht geräuschlos ein Feuer aus. Die Flammen haben die Oper im Inneren zerstört. Der Brand wurde binnen 15 Minuten gelöscht. Der Schaden ist sehr bedeutend, da ein großer Teil der Kasse zerstört wurde.

Hilfsspende des englischen Rundfunks an das Schaganit

London, 15. Sept. Der Generaldirektor Ormsby Gore machte heute im Unterhaus die Mitteilung, daß die britische Rundfunkgesellschaft sich entschlossen habe, als Beitrag zur Linderung der nationalen Notlage zeitweise auf die Einnahmen aus Radiolizenzen zu Gunsten des Schaganits zu verzichten. Die Einnahmen des BBC. betragen im vergangenen Jahr 1.224.355 Pfund, wobei 1.043.623 Pfund aus Lizenzen stammten.

Schweres Unglück bei den Krefelder Radrennen

Krefeld, 16. Sept. Ein bedauerliches Unglück ereignete sich bei den Krefelder Radrennen am Dienstagabend. Im zweiten 40-Kilometerlauf wollte der Hannoveraner Wihbröder den vor ihm führenden Damerow überholen; dabei wurde sein Schrittmacher Schmidt zu weit nach außen getragen und fuhr gegen die Barriere. Er stieg mit seinem Motor ins Publikum und stürzte vier Zuschauer unter sich. Mit schweren Verletzungen wurden Schmidt, Wihbröder und die vier Zuschauer ins Krankenhaus übergeführt. Die Rennen wurden sofort abgebrochen.

Ein Raubmordversuch in Stuttgart

Stuttgart, 15. Sept. (Eig. Meldung.) Ein Raubmordversuch wurde am Dienstag von einem bisher unbekannt gebliebenen Täter gegen eine 77 Jahre alte Frau im Hause Dalenbergsstraße 4 unternommen. Nachdem er auf die alte Frau und auf eine zur Hilfe eilende Näherin mit einem Eisenstück eingeschlagen und sie erheblich verletzt hatte, flüchtete der Täter, der unter dem Vorwand, ein Abnehmer des Elektrizitätswerkes zu sein, Einlaß in die Wohnung gefunden hatte.

Coty und die Lollo-Pflege

Der französische Luftminister hat eine technische Untersuchungskommission ernannt, die den Auftrag erhalten hat, sich sofort nach Paris zu begeben, um die genaue Ursache des Absturzes des Flugzeuges „Bisestrich 2“ festzustellen; bei dem Unglück wurden der Pilot Doret und der Mechaniker Mesmin getötet, während sich Doret im letzten Augenblick durch Fallschirmabwurfs retten konnte. Nach den neuesten Meldungen soll die Katastrophe nicht auf das schlechte Wetter, sondern auf die Explosion des Motors im Flug zurückzuführen sein, was bewiesen würde, daß der Motor nicht genügend ausgetestet war. Die französische Presse behauptet daher den Organistator des Reformfluges, den Rettungsversuch Coty aus Respekt vor dem Reformfluge, den Rettungsversuch Coty aus Respekt vor dem Reformfluge, den Rettungsversuch Coty aus Respekt vor dem Reformfluge.

Pallenberg & Co.

Die Affäre Pallenberg, die Tragödie eines großen Mannes und sein Jammer um das bei der Umstel-Bank fortgeschwommene Geld erinnert uns daran, daß die „Prominenten“ der Bühne und des Films im großen und ganzen recht tüchtige Geschäftsmänner sind, die es sehr wohl verstehen, ihren sehr reichlichen Arbeitsertrag nutzbringend anzulegen.

Nach den Meldungen von der Gmüßinger-Versammlung der Umstel-Bank in Wien hat ja auch Emil Jannings, der seine Kisten ganz jahrelang in Hollywood besaß, ebenfalls bei der Umstel-Bank 800.000 Schilling eingezahlt.

Das Ehepaar Pallenberg-Mazzari gehört übrigens zu den „Spitzenbedienten“ der Bühne und des Films. Es soll jährlich etwa 3000 bis 4000 Mark verdienen.

Sicherlich sind die Theater- und Filmdirektoren, die sich gegenwärtig überleben, um einen „Prominenten“ der Konjunktur auszuspannen, mit schuld an dem Standa der Großbedienten von Bühne und Film.

So zahlte die Direktion Rotter Richard Tauber für jeden Abend 2600 M. Gitta Alpar mußte sich nach im vergangenen Jahr mit einem Vertrag begnügen, der ihr an 200 Abenden je 800 M. Kassen-einnahme garantierte. Seit dem Erlaß der „Dubarr“ wird diese erfolgreiche Soubrette ihrem Direktor ameffellos noch eine ganz andere Rechnung präsentieren.

Käte Dorisch hat im vergangenen Jahr, Abend für Abend 1500 M. Gage erhalten. Ebenfalls hat Michael Robben von seiner Direktion eineinhalbtausend erhalten.

Albert Bassermann und Werner Krauß treten grundsätzlich nicht unter 1200 M. für den Abend auf. Fritz Kortner bezog früher am Staatstheater ein Jahresgehalt von 120.000 M., das ihm jedoch keineswegs genigte; denn er bedurfte sich das Recht auf Urlaub und Gastspielreisen in weitgehendstem Maße aus.

Elisabeth Bergner hat im vergangenen Jahr etwa 1500 Mark Tagesgage erhalten.

Bergeblid haben sich die Theaterdirektoren bis jetzt bemüht, eine Begrenzung der Spitzgehälter einzuführen. Zwar für Jahr hat man derartige Verhandlungen getroffen, die aber immer wieder durchbrochen wurden.

Die talentreichsten Mimen sind meist zur Konkurrenz übergewechselt oder zum Film, vor allem in die amerikanische Filmstadt Hollywood desertiert.

Die Kassen-gewinne der Schauspieler und Sänger datieren übrigens erst aus der Nachkriegszeit. Vor dem Krieg haben selbst Prominente verhältnismäßig wenig verdient. So hat Josef Gampietro der Liebling der Berliner, der wohl der bestbezahlte deutsche Sänger war, nicht mehr als 28.000 M. im Jahr eingenommen. Große Verdienende haben es vielleicht höchstens auf 30 bis 40.000 M. jährlich gebracht. Erst Caruso hat dieses furchtbare Einkommen amerikanischen Sängern und Theaterdirektoren durchbrochen und 10.000 M. für jedes Auftreten eingestekt.

Partei-Nachrichten

Ein Sechzigjähriger

Genosse Anton Weismann vollendet am heutigen Tage das sechzigste Lebensjahr. Unter Tonis, seines liebenswürdigen Lebens wegen bei Freund und Gegner wohlgekannt, stammt aus dem schönen Frankensland, wozin man nach einem alten Liebes zur Sommerzeit fahren soll; aus dem idyllischen und aus der Geschichte bekannten Städtchen Volkstheimbach. Im nahen Ansbach erlernte er Gutenbergs Kunst. Schon in den ersten Jahren seines „Schwarzfärbertums“, während er mit Winkelhaken und Typen hantierte, lernte die Keitauna, nicht nur immer Typen an Typen zu einem glatten Satz reihen zu müssen; Toni träumte davon, selbst Gesetzbücher mittelst des gedruckten Wortes festzubalten und sie der Mit- und Nachwelt zu überliefern. Zunächst mußte er aber noch als Geselle — parvum, als Gehilfe — in bayerischen, sächsischen und thüringischen Offizinen konditionieren, bis er 1896 nach Halle a. d. S. kam. Dort ging sein lehnlichster Wunsch in Erfüllung; er wurde am Halleischen Volksblatt Berichterstatter und bald darauf Redakteur. Zeit war Toni in seinem Element.

Halle war ein verflucht heißer Boden für sozialdemokratische Redakteure; mit ihm konfurierten noch Erfurt, Magdeburg und besonders das anstehende Königsreich Sachsen. Ganz kleine Parteiblätter hatten manchmal drei Redakteure, d. h. einer arbeitete in der Redaktion, die anderen beiden saßen in einem „Staatshotel“, klebten Lüten, zupften Wolle, übten sich in der Kordmacherei u. dal. Sie hatten dabei Muße, über die Herrlichkeit der göttlichen Weltordnung und über den Gerechtigkeitsbetrieb in deutschen Ländern nachzudenken. Es gab keinen Pardon für „rote“ Pressehändler. Und so kam es, daß auch der letzte Keitaunastrat fünfzehn Monate hinter schwebischen Gardinen Freiheitsstränge träumte.

1905 wurde Weismann an den Volksfreund berufen. Geschwellt die Brust in radikaler Hallenser Lorostimmung, rückte unter Anton in das badische Ländle der Stegmüllerei, des Frankens und Kolbischen Reformismus ein. Vom „Hallenser“ blieb schnell nichts mehr übrig. Reich erkannte Weismann die doch wesentlich anderen Verhältnisse im Süden, als sie in Mitteldeutschland gegeben waren und so konnte er auch von 1911 bis 1918 unterm in Freiburg neugegründeten Parteiorgan, an das er berufen wurde, bald Ansehen und Bedeutung verschaffen. Das unter immerhin schwierigen Verhältnissen neugegründete Blatt zu halten und vorwärts zu bringen, war eine nicht leichte Aufgabe — aber Toni schaffte sie. 1918, nach der Staatsumwälzung wurde Weismann von der neuen Regierung in die Presseabteilung berufen, der er heute noch angehört. Die mittelbadischen Genossen wählten ihn auch, Dank der Werkschäftung, die Genosse Weismann genießt, in den Landtag.

Die Liebe für den Journalismus ist beim heute Sechzigjährigen noch genau so warm, wie einst beim jungen Schriftsteller. Die Feder ist ihm Degen, den er freudig aieht, um fechtend für seine Ideale den Weg frei zu machen. Dieser Anton heßt den Degen nicht gern ein. Der Volksfreund schätzt in Anton Weismann nicht nur einen lieben Freund, sondern auch einen wertvollen Mitarbeiter. Auf eigenem Holze gewachsen, ist Weismann ein prächtiger Kämpfer geworden, der unermüdet stets seine Pflicht erfüllt, wo immer das Vertrauen der Genossen ihn an eine Stelle stellt. Mit Genugtuung darf unter Geburtstagskind heute auf die Kampfes- und Arbeitsjahre in der proletarischen Bewegung zurückblicken, auch auf die Freundschaft, die er in allen untern Kreisen genießt.

Unterm Toni zu seinem Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche und dem Kameraden und Mitarbeiter aufrichtigen Dank. Auch der Eintritt in das siebente Jahrzehnt des Lebens wird Anton nicht abhalten, so wie bisher, in Reiz und Glorie aktiv in der sozialistischen Bewegung mitzumarschieren und mitzukämpfen.

Ohne Abriistung kein Friede. Leon Blum, der Führer der französischen Sozialdemokratie stellt in seiner im Dieb-Verlag erschienenen Schrift: „Ohne Abriistung kein Friede“ (96 Seiten, 1.50 M.), die Friedenspolitik der französischen Sozialdemokratie dar. Die ungemein aufschluß- und gebantenreiche Schrift beginnt mit scharfen Angriffen auf den deutschfeindlichen Nationalismus in Frankreich und verurteilt, dem hals- und angsterfüllten Teile des französischen Volkes ein objektives Bild von Deutschland zu zeichnen. Die aberläubliche Angst Frankreichs vor Deutschland wird u. a. mit der psychologischen Nachwirkung des Ubergewichts des Wis-marschen Deutschlands in Europa erklärt. Blum zeigt dann, daß die Aufrechterhaltung der Verträge mit Gewalt zu ihrer Durchführung durch Gewalt führt; er lehnt sich für die Revision der Verträge im abgerüttelten Europa ein. Der Verfasser weist dann die französische Aufrüstung nach und zeigt die Verabsichtung militärischer Sicherungsverläufe überhaupt. Er kritisiert die Unerschlichkeit des französischen Sicherheitswunsches und meint, daß selbst das Genfer Protokoll von 1924 Frankreich heute nicht genügen würde. Den Gedanken einer internationalen Armee lehnt er ab, weil er nur im Ueberstaat möglich ist. Der Friede wird nur durch Abrüstung gesichert. Die Schrift des Führers der größten französischen Partei ist für die deutsche Außenpolitik von höchstem Interesse.

Die Leiter

Der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevorsteher-Gruppenkonferenzen werden um sofortige Einleitung der ausgefüllten Berichtsbogen dringend ersucht. Das Parteisekretariat.

Aus der Stadt Durlach

Sein Stadtratsmandat niedergelegt und aus der nationalsozialistischen Partei ausgetreten ist hier der Stadtrat Stöckmann. Auf diesen Vorgang wird vielleicht noch zurückzukommen sein.

Kater Faden. Heute Mittwoch abend im „Lannhäuser“ Probe für alle Nummern für Gaaenau. Es ist notwendig, daß alle rechtzeitig um 1/2 8 Uhr erscheinen. Die nächste Mustertprobe findet am Freitag statt, wozu ebenfalls alle erscheinen, die bei den Mustern mitwirken. Wir können für unsere Garderobe noch einen größeren Koffer gebrauchen, er kann alt sein. Wenn jemand einen solchen Koffer ausfindig machen kann, ist es gut.

Naturtheater Verghenbergs-Durlach. Sonntag, den 20. September, wird sich Herr Direktor Norden vom Karlsruher Publikum verabschieden. Der überaus zahlreiche Besuch der Vorstellungen auf dem Verghenberg hat wiederum den Beweis erbracht, wels glückliche Hand er in der Zusammenstellung seiner Künstlertruppe und seines Spielplanes, der in jeder Beziehung den Wünschen des Publikums Rechnung trug, bewies. Da zu dieser Vorstellung mit einem starken Andrang zu rechnen ist, so empfiehlt es sich, sich rechtzeitig mit Plätzen zu versehen. Sollte infolge unangünstiger Witterung die Vorstellung ausfallen müssen, so wird selbstverständlich dem Publikum das Eintrittsgeld rückerstattet. Herr Direktor Norden hat sich entschlossen, da infolge der unangünstigen Witterung am vergangenen Sonntag die Aufführung des dreiaktigen Schwankes „Ein Rabenpater“ von Josef Jarno beinträchtigt war, dieses Stück als Abschiedsvorstellung zu wählen. Dieses Stück wurde bei seiner Aufführung in Berlin mit kolossalem Erfolg aufgenommen. Auf die Belegung wird noch hingewiesen.

Zum Kapitel Pressefreiheit

Ein Parteigenosse schreibt uns:

Die Pressefreiheit, eines der Güter, die der Vorkriegszeitperiode in jahrzehntelangen zähem Kampf abgetrotzt wurde, dann jahreslang in der Obrigkeitsherrschaft wieder fast illusorisch geworden war, wurde, 1918 von neuem verwirklicht, fast als Geschenk des Himmels betrachtet. Heute aber nach zwölffähriger Existenz dieser Errungenschaft der „Revolution“ ist sie wieder so problematisch wie je. Zwar sind die Ursachen dieser Problemhaftigkeit entgegengesetzter Natur wie in den Frühtagen des Kampfes um die Pressefreiheit. Da mal's rangen die feindlichen Kräfte um das Recht, eine neue und bessere, die sozialistische Ethik zu künden, ihr zum Durchbruch verhelfen zu können. Das Unrecht war je und je bis 1918 immer auf Seiten der offiziellen Mächte. Die heute die Schuld tragen, daß die Pressefreiheit problematisch hat werden müssen, sind die, die heute noch als Träger des Obrigkeitsherrschaftsgedankens wie die großen Wirtschaftsverbrecher des Stinnes, Rabenau, Hülser und die politischen Sozialdemokraten und Charlatane, jene die nichts ge- und auch nichts verlernt haben. Sie kämpfen um die Pressefreiheit nicht als einem Recht der Gerechtigkeit, sondern als einem Instrumente zur Vergewaltigung alles dessen, was als Norm und Postulat einer Ethik des Guten an sich zu gelten hat. Sie treiben Missetaten mit der Pressefreiheit und gestalten sie um zur Pressefreiheit, die das Wirtschaftsverbrechertum zur Vertreterschaft höchster Edelmannschaft, das politische Charlatanentum jener aller geund Vernunft daren Staatszerstörer in höchster Weisheit volle Staatsmänner, alle Volksverführer in höchster Verantwortung volles Führertum umflut.

Man tritt in der Not zu einem Mittel, das dieser Gemeinheit der reaktionären Kräfte wohl vorläufig auf eine kurze Spanne Zeit das Handwerk legt, das sich aber als ein sehr zweischneidiges Schwert

erweist, zum Mittel der Meinungsunterdrückung. Die Verbote rechtsprechender Zeitungen, an sich gutzusehen, heißen sich, so daß man schon über Zeitungsnachrichten, die sie uns mitteilen schloß darüber weislich. Aber: Sie treffen auch schon republikanische Zeitungen. Die journalistischen Organisationen laufen Sturm und werben es, psychologisch gesehen nicht mit Unrecht, diese Verbote als mit dem, was in der Reichsverfassung verheißen ist, als in Widerspruch stehend darzustellen. Ständen hinter diesen Verböten Mächte, die sich rigoros für ein Recht und gegen ein Unrecht einsetzen, so könnte man selbst diese Verbote beken als Notmaßnahmen. Der jetzt über ein Jahrzehnt scharf beobachtende sozialistische Volkstifer jedoch ist durch die Erfahrung gewarnt. Eine weitere Gefahr ist, daß, wird die Lage einmal noch mehr probürgerlich, profapitalistisch, bringt Bürgertum und Kapitalismus keine Prätorianer zur Macht als Handlanger ihrer Bestrebungen, letztere die in ihrem Sinne nötige Akrosität aufbringen, die dann alles vernichtet, was Jahrzehnte an Wertvollem aufgebaut haben. Sie werden sich hinter den Sachbeweis retirieren, wenn sie die Pressefreiheit entziehen, daß wir (die das in Wirklichkeit gar nicht wollten) daselbst getan hätten, was sie jetzt ausführen.

Das Proletariat wird einmal herrschend und besser herrschend sein. Seine Herrschaft wird von Dauer sein und der Vera-brüderung wird es sich als einer reich vorübergehenden Episode der Halbheiten erinnern, in der man den Feinden der Republik nicht allzumehr tat. Statt der Beschneidung der Pressefreiheit wird viel notwendiger der grassierenden Falschheit der Justiz für die Republikfeinde, soweit sie Nichtkommunisten sind, Einhalt zu setzen. Der Beamtenstand aller Sparten, und ganz besonders gebieten, der staatsfeindlichen und bürgerlichen Einstellung eines Lehr der Erziehung fast aller Jugend durch eine neutral sich gebende, aber vorzüglich antirepublikanisch sich gebende und wirkende Erzieherkraft in Schule, Kirche und Jugendorganisationen bürgerlicher Proletariats, eine „nachhefende“ Beadigung zu schenken. mwat.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnkündigung im rechtsrheinischen Textilgebiet

* Wuppertal, 15. Sept. Der Verband der Arbeitgeber im rechtsrheinischen Textilgebiet hat das Tarif- und Lohnabkommen für die rechtsrheinische Textilindustrie vom 26. Januar 1931 am 15. September 1931 zum 15. Oktober 1931 gekündigt.

Ergebnislose Lohnverhandlungen für die rheinisch-westfälischen Straßenbahner

* Essen, 15. Sept. Zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband für die Privatstraßenbahnen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes fanden gestern die ersten Verhandlungen über die geforderte Lohnordnung statt. Die Forderungen der Arbeitgeber lauteten auf Senkung der Löhne von 10 Prozent, Abbau des Hausstandsgeldes von 2 Pfa. pro Stunde und Veränderung einzelner tariflicher Bestimmungen. Nach mehrstündiger Besprechung wurden die Verhandlungen abgebrochen, da eine Einigung nicht zu erzielen war. In der kommenden Woche finden Verhandlungen vor dem Schlichter statt.

Gegen Gehalts- und Lohnkürzung

* Eine Delegiertenkonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (Bezirk Mitteldeutschland), die von etwa 300 Delegierten besucht war und in Dessau tagte, nahm eine Entschlieung an, die sich gegen jeden weiteren Abbau der Löhne und gegen eine Kürzung der Gehälter der unteren Beamtengruppen wendet. Weiter fordert die Entschlieung eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Dadurch würden auch die für einzelne Gruppen bisher durchgeführten Feierschichten überflüssig. Diese Feierschichten seien unerträglich, weil die Reichsbahnarbeiter große Teile ihres Perionals wöchentlich 54 und mehr Stunden beschäftigt. Im übrigen wird verlangt, daß der Wirtschaftskrisis mit Mitteln einer sozialistischen Wirtschaftspolitik zu Leibe gegangen wird.

Kommunisten verkleunden Gewerkschaftsbewegung

Durch die kommunistische Tagespresse macht ein Artikel die Kunde, in dem u. a. behauptet wird, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker in den letzten Wochen durch Verkauf von Wertpapieren hunderttausende Mark Gewerkschaftsgelder verloren habe. Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt dazu fest, daß an dieser Schauerwärme kein wahres Wort ist. Weber sind vom Hauptvorstand oder von einer seiner Gaukassen in den letzten Wochen überhaupt Wertpapiere verkauft, noch sind solche je-weils zu einem früheren Zeitpunkt mit Verlust abgestoßen worden.

Werbeaktion des Gesamtverbandes

* Der Vorstand des Gesamtverbandes hat eine große Werbeaktion beschlossen, die sich über das ganze Reich erstrecken und in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember durchzuführen werden soll. Zur Unterstüzung dieser Werbeaktion wird die ganze Verbands-mitgliedschaft aufgerufen. In dem Aufruf des Vorstandes heißt es: „Wir können nicht länger dulden, daß uns ein großes Heer unorganisiertes Berufsvolkes bei der Durchführung des gewerkschaftlichen Tageskampfes fehlend im Wege steht. 700 000 Verbandsmitglieder greifen an, vorwärts für den Gesamtverband!“

französischer Gewerkschaftskongreß

Paris, 15. Sept. (Eig. Draht.) Der Landeskongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT.) wurde am Dienstag vor-mittag in der Salle Japy eröffnet. 1260 Delegierte, die 1764 Gewerkschaften vertreten, nahmen an dem Kongreß teil. Der A.G.B. ist durch seinen Vorsitzenden Lebart vertreten.

Im Vordergrund der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der den Delegierten gedruckt vorgelegt wurde, stand das Problem der Gewerkschaftseinheit. Die Einberufung eines Einigungskongresses wurde allgemein abgelehnt. Angenommen wurde eine Entschlieung, nach der alle politischen, sozialen und militärischen Vergehen amnestiert werden sollen.

Wahnworte eines verständigen Arbeitgebers

Der erste Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins Wiesbaden veröffentlicht in dessen Nachrichtenblatt folgenden Mahnruf an die Arbeitgeber:

„Wir haben im Kaufmännischen Verein immer am dem Standpunkt gehalten, daß wir in unseren wirtschaftlichen Maßnahmen größtmögliche Rücksicht auf unsere Angestellten nehmen. Bezüglich der nicht, daß auch in diesen Krisen die Not riesengroß ist. Wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß Arbeitskürzungen und sonstige Maßnahmen nur scheinbar stillschweigend von den Angestellten hingenommen werden. Es wird sich immer bei solchen Schritten ein großes Maß von Erbitterung ansammeln. Anstatt freundliche unterstützende und arbeitsfrohe Angestellte bekommen wir verbit-terte, vergrämte, an ihrer Existenz verzweifeln Mitarbeiter. Vor-

allen Dingen müssen sich die Kaufleute an die tariflichen Bestimmungen halten. Wenn Kündigungen gar nicht zu vermeiden sind, so dürfen sie nur zu dem spätesten Termin erfolgen. Sollten Gehaltskürzungen bei überantwärtiger Bezahlung vorgenommen werden, dann nicht rückwirkend herbeiführen, sondern mit den Angestellten aus verhandeln. Der Angestellte hat immer so viel Verständnis für die Geschäftsfrage, daß er im oecedenen Falle Maßnahmen, die nicht zu vermeiden sind, auch zustimmt. Er muß nur das Gefühl haben, daß sein Arbeitgeber auch seiner Lage Verständnis entgegenbringt und nicht etwa die Not der Zeit dazu benützt, um rigorose Maßnahmen durchzuführen. Heute bei der Massenlosenlosigkeit neigt der Angestellte dazu, mit manchem einverstehen zu sein, was ihm von der Arbeitgeberseite aus abgedrückt wird. Der Angestellte weiß, daß es schwer für ihn halten wird, wieder eine Arbeitsstätte zu bekommen. Um so mehr ist jetzt der Augenblick gekommen, den Angestellten gegenüber gerecht und vornehm zu handeln. Deshalb Kaufleute, vergrämt nicht die Not in unseren Angestelltenkreisen, schafft keine Erbitterung, laßt ewer Herz sprechen und seid so, wie es jeder ordentliche Kaufmann sein muß, nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch ein sorgender mitfühlender Kollege und Freund.“

Tagungen

11. Badischer Gau-tag des Zentralverbandes der Angestellten in Triberg am 12. und 13. Sept.

Gauleiter Schneider eröffnete den Gau-tag und hielt die Deles-gierten und sonstige Gäste aus allen Gauen herzlich willkommen. Kollege Urban überbrachte die besten Grüße vom Verbandsvorstand. Punkt 2 der Tagesordnung: Errichtung des Geschäftsberichts durch den Gauleiter nahm längere Zeit in Anspruch. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland brachten bedeutende Verhältnisseänderungen auf dem Arbeitsmarkt auch für die Angestelltenkreise. Die Weltwirtschaftskrisis wirkte sich katastrophal aus. Ohne das Vertrauen des Auslandes ist eine Besserung einfach nicht möglich. Die bürgerliche Wehrheit hat bis jetzt keine anderen Möglichkeiten zu finden, als dauernd Notverordnungen zu erlassen. Die grundsätzliche Umgestaltung der Wirtschaft und die Beseitigung der sozialen Reaktion ist notwendig. Die sozialpolitischen Rechte der Arbeitseigenenschaft müssen mit allen Mitteln verteidigt werden. Die lebendigen Kräfte der Arbeitseigenenschaft sind zu stark, als daß sie ausgeschaltet werden könnten. Ein Berufsausbildungs-gesetz ist dringend notwendig. Die reaktionäre Entwicklung auf dem Gebiete der Rechtsprechung hat große Formen angenommen. Verhängene Verbeserungen wurden für die Angestelltenkreise herausgeholt. Trotz miltiger Zeit hat sich die Angelegenheit im ab-gelaufenen Jahre ansehnlich vermehrt. Die Neuaufnahmen betru-gen nahezu 3000. Es besteben 28 Ortsgruppen, zwei weitere kommen nächstens hinzu. 53 Manteltarife haben zur Zeit ihre Gültigkeit. Das Funktionieren und der Besuch der Ortsgruppenversammlungen sind als gut zu bezeichnen. Besonders die Jugendgruppen sind fleißig. Der B. d. A. steht innerlich und äußerlich stärker da denn je. Vorwärts und aufwärts!

Der Augenbericht erstattete Kollege Dörrie (Karlsruhe). In verschiedenen Gruppen konnte die Mitgliederzahl verzeichnet werden. — Eine größere Zahl von Delegierten beteiligte sich an der Diskussion. Gegen das Verechtigungsunwesen müsse scharf eingeschritten werden. Man müsse fragen, ob diejenigen, die es verlangen, eine Vorbildung haben. Dies treffe besonders bei den Praktikanten zu. Kollege Küllert (Karlsruhe) machte längere Ausführungen. Es muß gesagt werden, daß Frankreich nicht der Rubelstörer ist, sondern durch die Lage in Deutschland be-ängstigt. Wenn große Teile heute rufen: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen und morgen wollen sie von diesem Frankreich Kredite, die sie nicht ohne weiteres erhalten, so ist das begründlich. Die heutige Krise ist verhängt über den Nationalismus.

Anschließend wurden die zum Geschäftsbericht gestellten Anträge in Bezug auf Gewerkschaftsbeitrag zurückgezogen. Die Wahl der Gauleiter erbrachte die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Damit hatte die Samstagtagung ihr Ende erreicht. Abends 9 Uhr veranfaltete die Stadt Triberg zu Ehren der Delegierten und Gäste die Beleuchtung der Wasserfälle mit Scheinwerfer und Benaalflammen, die große Bewunderung bei den fremden Besuchern hervorrief. Hierauf gab es ein gemächliches Beisammensitzen mit Tanz im Hotel „Emsel“. Der Sonntag vormittag war ausgefüllt mit einer öffentlichen Kundgebung der Angestelltenkreise. Der Referent, Verbandsvorsitzender Urban (Berlin), behandelte in einem vorzüglichen Referat Wirtschaft und Gewerkschaft. Nachmittags war gemeinschaftlicher Ausflug zu den Wasserfällen und zum Ludwig-Frank-Sheim. Die Besucher waren über die mühselartige Anlage und Einrichtung der Arbeits-tischoffahrt voll begeistert.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsjahren. 14. September: Katharina Silar, 60 Jahre alt, Ehefrau von Karl Silar, Kaufmann (Wah-nbrücken), Kaufmann Arthur Eberhard, 29 Jahre alt, ledig, Beerdigung am 16. September, 14 Uhr. Dora Ehrler, 53 Jahre alt, ledig, Beerdigung am 16. September, 14.30 Uhr. Gerhard, 3 Jahre alt, Vater Adam Hartmann, Verwaltungsschreiber, Beerdigung am 16. September, 15 Uhr. — 15. September: Vertha Plas, 62 Jahre alt, Ehefrau von Ferdinand Plas, Schlosser (Wirth a. Rh.), Beerdigung am 17. September, 14.30 Uhr. Franz Penner, 54 Jahre alt, Ebemann, Gärtner, Beerdigung am 17. September, 15 Uhr.

Lichtspielhäuser

Residenz-Theater, Waldstraße 30.

Seite 14, wie aus dem Interaktuell ersichtlich, Premiere des mit hoch...

Veranstaltungen

Don-Rosolen-Chor. Wir möchten nicht veräumen, auf das morgen...

(.) Der Arbeiterjugendverein „Edelweiß“ hatte am Samstag...

Bulach

Die am Freitag stattgefundene Parteiverammlung, in der Ge...

Die sachliche Diskussion, an der sich sechs Genossen beteilig...

Veranstaltungen

Mittwoch, den 16. September 1931. Badisches Landes-Theater: Schwanecks. 19.30 Uhr.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe. F.F.R. Süd Handball, Freitag (9 Uhr) Versammlung Volksbau...

Kleine badische Chronik

Schwerer Ueberfall

b. Konstanz, 15. Sept. In Vöhringen lauerie der Ar...

Gräßlicher Selbstmord

* Ettlingen, 15. Sept. Die etwas schwermütig ver...

Schwere Unfälle auf der Straße

* Heidelberg, 15. Sept. Der Sonntag brachte in der Nähe Hei...

Bruchfall

Wir brachten gestern die von einem Korrespondenz...

Kronau (Amt Bruchsal)

Wegen der schlechten Preise und der durch die Witterung...

Reichelsheim (Schwerer Unfall)

Der Landwirt Anton Hauf brachte seine Hand hier in die Futterstadelmehlschneide...

Lauterbach (Baden)

Der Kolonialwarenhändler Muehler ist von seinem achtjährigen...

Ettlingen, Amt Radolfzell

Kaufmann Bobl besah sich Montag abend mit seinem Fuhrwerk...

Neulingen, Amt Badstube

Der 67 Jahre alte Fuhrmann Leopold Felle wurde bei Dreheln...

Tübinger Tagung des Badischen Maler- und Tischlermeister...

denken Wittermann gedachte, zu dessen Ehren sich die An...

Der Verbandstag erhob ferner die Forderung auf Beseitigung...

Achtung! Der Koji geht um

Aus Anielingen wird uns geschrieben: In letzter Zeit haben die...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck liegt fast unverändert über England und im...

Man muß tatsächlich im öffentlichen Interesse vor diesen Dingen...

Soziale Rundschau

Schau der ketzerischen Debatte-Spater durch die Innere Mission...

Man schreibt uns: Der Landesverein der Inneren Mission Baden...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittel- und Südstadt. Donnerstag abend 7.30 Uhr Vorstandssitzung im Lokal „Zur...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannsug: Heute (Mittwoch) Übung Liederschule. Alle...

Kameraden! Am Samstag, 19. September, 7.30 Uhr abends, fin...

